Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtanschrift: Tageblatt Riesa. Fernruf Nr. 20.

Das Riesaer Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptzollamts Meißen.

Postscheckkonto: Dresden 1550 Girokasse Riesa Nr. 52.

№ 254. Sonnabend, 30. Oktober 1926, abends. 79. Jahrg.

Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends ½6 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorausbezahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsverteuerungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabetages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 39 mm breite, 5 mm hohe Grundschrift-Zeile (6 Silben) 25 Gold-Pfennige; die 89 mm breite Reklamezeile 100 Gold-Pfennige; zeitraubender und tabellarischer Satz 50% Aufschlag. Feste Tarife. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Achttägige Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Lieferanten oder der Beförderungseinrichtungen — hat der Bezieher keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langer & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlemann, Riesa; für Anzeigenteil: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Letzter Appell.

Wahltage sind immer Schicksalstage, immer Entscheidungstage. Seit das Volk dazu berufen ist, mit dem Stimmzettel in der Hand über den Teil seiner politischen und wirtschaftlichen Zukunft zu befinden, der sich unmittelbar unter dem Einfluß der parlamentarischen Arbeit gestaltet, bringt jeder Wahlgang Wirkungen mit sich, die in einem oder anderen Sinne für das Wohl der Gesamtheit von Bedeutung sind. Unterschiede der Wichtigkeit sind natürlich zwischen allen im modernen politischen Leben denkbaren Wahlhandlungen vorhanden. Eine Reichstagswahl bleibt eine Wahl von reichsumspannender Bedeutung, und Wahlen zu Landesparlamenten berühren in ihren Ergebnissen zunächst nur die Einwohnerschaft der betreffenden Gliedstaaten. Das gesunde Durchschnittsempfinden der Wählerschaft würde die Selbstverständlichkeit dieser Tatsachen nie vergessen haben und den besonderen Hinweis darauf überflüssig erscheinen lassen, wenn nicht eine gewisse Wahlpropaganda bei jedem Wahlakte der letzten Jahre, ob er auf Gemeinden, Länder oder auf das Reich sich bezog, sich stets bemüht hätte, die Bedeutung der zu erwartenden Wahlergebnisse zu übertreiben und von jeder Einzelwahl zu behaupten, daß gerade sie das unvergleichlich einschneidende Ereignis im Laufe ganzer Jahre, ja meist der gesamten Nachkriegsentwicklung wäre.

Die wahlmacherische Hyperbolie dieser immer wiederkehrenden Verkündungen und Anweisungen ist es gewesen, die Millionen unter der deutschen Wählerschaft wahlskeptisch und wahlmüde gemacht hat. Am letzten Male wurde uns gesagt, so kann man in diesen Kreisen hören, daß schwerste Ereignisse bevorstünden, wenn wir der Wahlurne fernblieben oder nicht gerade so oder so wählten, wurde uns gesagt, daß von der Wahl bis in die engsten Möglichkeiten hinein die Gestaltung unserer persönlichen Zukunft während der nächsten Jahre abhinge, wurde uns gedroht, daß wir als Lumpen und Verräter gebrandmarkt werden würden, wenn wir zu Hause blieben. Wir haben damals uns noch bewegen lassen, an der Wahl teilzunehmen, wir haben, wie man uns riet, unseren an der oder jener Stelle betrenzelten Stimmzettel abgegeben. Aber besser geworden ist nichts. Worüber wir uns vor jener Wahl beklagten, das ist geblieben, und was wir erhofften und was wir auf Grund der uns gemachten Versprechungen als sicher betrachteten, das ist nicht eingetreten. Wir lassen uns nicht wieder einlangen, es ist ja doch derselbe Schwindel wie früher, es ist ja doch nur Tuerei, daß von unserer Stimme auch nur irgendetwas abhinge. Wir gehen nicht zu dieser Wahl!

Es ist notwendig, an diese ernste, ja gefährliche psychologische Einstellung breiter Massen der Wählerschaft auch in Sachsen zu erinnern, an diese Einstellung, die egoistisch und freventlich leichtsinnig unter dem Eindruck persönlicher Enttäuschungen und einer über die Maßen großsprecherischen Agitation sich über Zweck und Ziel, Wesen und Sinn der Wahlen hinwegsetzen zu können meint und sie an die Spitze des letzten Appells zu stellen, der die sächsische Wählerschaft in zwölfter Stunde an die Erfüllung ihrer Wahlpflicht, und zwar an eine Art der Erfüllung gemahnen soll, die im Rahmen menschlicher Möglichkeiten die sicherste Gewähr einer günstigen Beeinflussung der politischen und wirtschaftlichen Zukunft Sachsens bietet.

Der 31. Oktober 1926, mag es Hunderttausenden von sächsischen Wählern schwer fallen, den unverblaßten und unverbildeten Wortsinn dieser Bezeichnung zu erfassen und auf sich wirken zu lassen, ist ein Schicksalstag, ein Entscheidungstag allerersten Ranges. Was ist es denn, was im Zusammenhange mit ihm die Worte Schicksal und Entscheidung besagen wollen? Was ist das Schicksal des sächsischen Volkes, was die Entscheidung darüber? Man wird, um diese Fragen zu beantworten, in jene Tage zurückgreifen müssen, in denen jeder sächsische Wähler den Pulsschlag der Zeit, einer harten, hungrigen gefahrvollen Zeit, am unmittelbarsten spürte, in jene Tage der sich überschlagenden Inflation, die in Sachsen das wüste Durcheinander des Zeignerschen Regimes ans Ruder gebracht hatte. In den sächsischen Groß- und Mittelstädten unablässig demonstrierende Massen, die verführt und gestoßen unter den Sowjetfahnen Plätze und Märkte umlagerten, die Geschäftsinhaber terrorisierten, anrückende Polizeikontingente mit Pfiffen und Johlen begrüßten und mit Latten und Knüppeln und den sonstigen üblichen Waffen des Volks- und Straßenkampfes zurückscheuchten. Auf dem flachen Lande, Scharen gewalttätiger Elemente, die dem Bauer das Vieh aus dem Stalle, die Erträgnisse von den Feldern stahlen. In den Versammlungen der Straße Faustrecht, wüstes Gebrüll, Anrempeleien, in den Ministerien Personalumsturz, Vetternwirtschaft, Lug und Trug. Und dann die Statistik der täglich sich vermehrenden Geschäftseinschränkungen und -einstellungen von Unternehmern, die es einfach nicht mehr auf sich nehmen konnten, daß in ihren Betrieben der Ungeist gewalttätiger Subjekte herrschte, und zuletzt die mit all diesen Vorgängen verbundene Entwürdigung des sächsischen Namens im Reiche und auch im Auslande, die sich in zahllosen geschäftlichen Absagen und Auftragsentziehungen spürbar machte.

Damals empfanden es alle, die in Sachsen zu leben gezwungen waren, daß das, was sich um sie und mit ihnen abspielte, schicksalshaften Charakters war, daß es nie wiederkehren dürfe, wenn Sachsen nicht in den dauernden Verruf einer Brutstätte des Moskowitertums geraten sollte und daß sie alle Kräfte bei der ersten besten Gelegenheit einsetzen müßten, um auf gesetzlichem Wege eine Entscheidung zum Besseren zu erzwingen. Damals wußten es alle, daß das, was sich da auswirkte, im eigentlichen die Frucht der sächsischen Novemberwahlen von 1922 war, die mit ihrer sozialistisch-kommunistischen Majorität im Landtage erst die Grundlage und die Voraussetzungen zum politischen und wirtschaftlichen Durcheinander der Zeignerherrschaft und damit an dem Schicksal des sächsischen Volkes in dieser Zeit geschaffen hatte. Der Eingriff des Reichs und die daraus resultierende ruhigere Entwicklung der nächsten Jahre hat die Erinnerung an diesen Tiefstand sächsischer Geschichte verblassen lassen. Die Unterlassung von Neuwahlen zum sächsischen Landtage in jener Epoche, an die mehr als einmal allen Ernstes gedacht wurde, um durch die unmittelbare Befragung des Volks Gewißheit darüber zu schaffen, ob die Massen der Wähler die Fortsetzung des sozialistisch-kommunistischen Kurses, oder welchen anderen Kurs sie wünschten, hat die entscheidende Abrechnung mit dem Zeignersystem vertagt. Aber wenn damals das Gefühl lebendig war, daß eine solche Abrechnung notwendig wäre und daß jeder nächste spezifisch sächsische Wahlgang diese Abrechnung bringen müßte, so muß und darf heute angesichts der bevorstehenden Landtagswahl nicht vergessen werden, daß diese Wahl die erste rein sächsische Möglichkeit bietet, den Radikalismus die Quittung zu überreichen.

Wenn eine Wahl über die Abwehr einer Gefahr zu befinden hat, dann stellt sie eine Schicksalshandlung dar, die nicht ernst genug unterstrichen werden kann; dann ist der Tag, an dem sie stattfindet, ein Entscheidungstag ernstester Tragweite.

Siegt das Bürgertum, so hat Sachsen für sich selbst und für das Reich eine große Tat geleistet.

Schwierigkeiten der deutsch-französischen Verständigung.

Frankreichs Angst vor Oesterreichs Anschluß.

* Paris, 30. Oktober. Der „Matin" schreibt zu der gestrigen Besprechung Hoesch—Briand, es sei ein Irrtum, zu glauben, daß die vorläufigen Besprechungen bereits zu praktischen Resultaten geführt hätten. Man verhehle sich nicht, daß die Verhandlungen noch lange dauern würden und man müsse sich darüber freuen, daß man sich sowohl in Berlin als auch in Paris über die Schwierigkeiten im klaren sei. Da die Mobilisierung der Eisenbahnobligationen zur Zeit nicht in Frage komme, müsse man andere Verständigungsgrundlagen suchen. Diese würden sich allmählich aus dem Gedankenaustausch ergeben. Wichtig sei, daß die notwendige Atmosphäre für den Fortgang der Verhandlungen bereits vorhanden sei. Die französische Regierung habe einige Beweise des Verständigungswillens der Reichsregierung erhalten, die sie nicht mißachte. Deutschland werde nicht verfehlen, eine entsprechende Gegenleistung für die Räumung des Rheinlandes zu finden.

Der „Excelsior" glaubt, daß Deutschland die Schwierigkeiten der Mobilisierung der Eisenbahnobligationen umgehen könne, indem es eine innere Befreiungsanleihe auflege. Dr. Schacht habe vor kurzem verraten, daß ein beträchtlicher Vorrat an fremden Devisen in Deutschland vorhanden sei, so daß der Dawes-Plan nicht in Frage gestellt zu werden brauchte.

* Paris, 29. Oktober. Zu der gestrigen Unterredung zwischen Briand und Herrn von Hoesch schreibt der Petit Parisien: In französischen diplomatischen Kreisen zeige man sich außerordentlich zurückhaltend. Es sei wenig wahrscheinlich, daß Herr von Hoesch während seines kurzen Aufenthaltes in Berlin Instruktionen erhalten habe, die sich weit von den früheren entfernten. Es handle sich um eine neue Sondierung. Die deutsch-französische Unterhandlung scheine sich auch bis auf weiteres in allgemeiner Linie zu bewegen. Das Journal verweist gleichfalls darauf, daß man sich in französischen Kreisen über die gestrige Unterredung außerordentlich reserviert zeige.

*

Die österreichische Anschlußfrage der Stein des Anstoßes.

* Paris, 30. Oktober. Die nationalistische Liberté sieht die Hauptschwierigkeit einer zweckmäßigen Entwicklung der deutsch-französischen Annäherungspolitik in der Schwierigkeit der österreichischen Anschlußfrage und meint, daß es nicht darauf ankomme, welche deutsche Gegenleistungen Frankreich erhalten könnte, das Rheinland früher zu räumen, sondern daß in erster Linie die Rückwirkung einer derartigen Räumung auf die mit Frankreich befreundeten Länder berücksichtigt werden müsse. So würde man derzeit am Quai d'Orsay, wo man die Notwendigkeit einer Aussprache mit dem italienischen Diktator empfinde, fehlhalten können, daß Mussolini beunruhigt sei über das deutsch-französische Anschlußproblem. Wenn die Franzosen aus Mainz abzögen, so werde Frankreich keinerlei Mittel mehr besitzen, um den Anschluß Oesterreichs an Deutschland zu verhindern. Frankreich habe also die Unzufriedenheit Italiens herausgefordert, das sich darüber beklagen würde, übergangen worden zu sein. Wenn aber Frankreich andererseits von der Räumung des Rheinlandes von Deutschland eine Garantie gegen den Anschluß verlange, so würde diese Garantie eine trügerische sein, denn der Anschluß nähere sich seiner Verwirklichung auf unsichtbare Weise tagtäglich. Die österreichische Anschlußfrage bleibe ein Stein des Anstoßes der gegenwärtigen politischen Lage.

*

Der Temps plädiert erneut für Einbeziehung der Ostfragen.

* Paris, 30. Oktober. Der „Temps", dessen gute Beziehungen zu Berthelot bekannt sind, unterstreicht in seinem Leitartikel vom Freitag erneut die Tatsache, daß die in Thoiry begonnene Politik der Verständigung auf erneute Schwierigkeiten gestoßen ist. Die ersten deutschen Vorschläge, die eine Mobilisierung von 11 Milliarden deutscher Eisenbahnobligationen (?) vorgesehen hätten, seien vom guten Willen Amerikas abhängig, das jedoch erst nach Ausgang der Wahlen verhandlungsfähig sei. Jedoch brauche das nicht bedenklich zu stimmen, da es sonst im Rahmen des derzeitigen Gedankenaustausches nicht an Unterredungsstoff fehle. Hierbei müsse vor allem an die Rückwirkungen einer frühzeitigen Räumung der Rheinlande gedacht werden. Denn diese Rückwirkungen, so meint der „Temps", betreffen nicht allein die Sicherheit Frankreichs, sondern auch die durch die Friedensverträge in Mittel- und Osteuropa geschaffene Lage. Indem Frankreich auf die Besetzung der Rheinlande für weitere 8 Jahre (!) verzichte, gebe Frankreich ein mächtiges Pressionsmittel aus der Hand, durch das es die deutschen Manöver gegen Polen (?) oder die deutschen Machenschaften in der Anschlußfrage verhindern könne. Wenn die Politik der Annäherung keine ernsthaften Garantien für den Frieden Gesamteuropas bringe, dann entspreche sie nicht dem Zweck, zu dem sie begonnen sei und sei dann ein schlechtes Geschäft für Frankreich. Dabei sei es verständlich, wenn man in offiziellen Kreisen größte Diskretion über die Ergebnisse der Begegnung Briand—Hoesch bewahre, denn durch Erweckung übertriebener Hoffnungen würde man die allergrößte Gefahr für die Politik von Thoiry selbst schaffen.

Wie Geschichtslügen konstruiert werden.

Als eine der niederträchtigsten Waffe, mit der Deutschland von seinen Gegnern im Weltkrieg bekämpft wurde, erwies sich der Lügenfeldzug der Ententepresse. In der Zwischenzeit ist es Deutschland allerdings gelungen, die Welt von der Unwahrhaftigkeit und der Tendenz der schlimmsten Lügenmärchen zu überzeugen. Wir haben sogar mit Genugtuung feststellen können, daß selbst von offizieller Seite im englischen Unterhaus manche Richtigstellung erfolgte, die der Wahrheit nahekam. Vor einigen Tagen hat in Birmingham der Marquis von Tavistock eine Rede gehalten, die es verdient, sorgsam beachtet zu werden. „Während des Krieges", so behauptete der Redner, „sind von englischen Persönlichkeiten Behauptungen aufgestellt worden, die der Wahrheit direkt ins Gesicht schlugen und nur Propagandazwecken dienten. Die Denkmünze, die in Deutschland zur Erinnerung an den Untergang der „Lusitania" geprägt worden sein sollte, ist z. B. für Propagandazwecke in England selbst hergestellt worden. Und eine Photographie, die in den Londoner Zeitungen veröffentlicht wurde und den deutschen Jubel über den Untergang der „Lusitania" zeigte, war tatsächlich die Aufnahme einer Kaisergeburtstagsfeier aus dem Jahre 1912". Der Redner versicherte dann im weiteren Verlauf seiner Ausführungen, daß er persönlich den Mann kennengelernt habe, der das berüchtigte Märchen von den deutschen Leichenfabriken erfunden hätte. Zu seiner Entschuldigung habe dieser „Erfinder" vorgebracht: „Ich wurde für die Erfindung solcher Ideen gut bezahlt, also erfand ich sie". Leider konnte man sich nicht davon überzeugen, daß die englische Presse dieser Rede des Marquis von Tavistock die ernsthafte und auch weitschweifende Würdigung angedeihen ließ, zu der sie sich bei anderen Fällen sonst sehr gerne bequemt.

Das Programm der neuen Danziger Regierung.

)(Danzig. Die neue Danziger Regierung entwickelte im Volkstage ihr Programm. Hauptaufgabe des neuen Senats werde sein, eine Gesundung der Staatsfinanzen herbeizuführen und die Selbständigkeit und Freiheit der Stadt Danzig und ihren deutschen Charakter zu wahren. Die Beziehungen zum Völkerbund will auch der neue Senat mit Offenheit und Vertrauen pflegen. Auf dem Boden der zwischen Danzig und Polen bestehenden Verträge erstrebt die neue Regierung mit Polen eine verständnisvolle Zusammenarbeit, namentlich auf wirtschaftlichem Gebiet. Auf größte Sparsamkeit in den Staatsausgaben wird die neue Regierung achten. Zur schnellen Durchführung der Finanzreform soll der neuen Regierung ein Ermächtigungsgesetz in die Hand gegeben werden. Außerhalb des Ermächtigungsgesetzes will der neue Senat im Einvernehmen mit der Beamtenschaft eine Kürzung der Gehälter vornehmen. Ferner soll das System der Erwerbslosenfürsorge neu geregelt sowie die Zahl der Mitglieder des Volkstages und des Senats herabgesetzt werden.

Innungen und Arbeitsgerichtsgesetz.

vdz. Berlin. Im Sozialpolitischen Ausschuß des Reichstags wurde bei Abschluß der ersten Beratung des Arbeitsgerichtsgesetzes noch ein Zentrumsantrag angenommen, worin gefordert wird, daß die Bestimmungen der Gewerbeordnung über die freiwillige Schiedsgerichtsbarkeit der Innungen durch das Arbeitsgerichtsgesetz nicht außer Kraft treten sollen.

Die zweite Lesung der Vorlage im Ausschuß wird erst in der übernächsten Woche stattfinden.